



DIE LINKE.
Kreisverband Essen

Wahlkampf-Abschluss
mit **Sahra Wagenknecht**
22. Mai - Kennedyplatz

Wahlprogramm

Kommunalwahl Essen 25. Mai 2014

DIE LINKE. Essen, Severinstr. 1, 45127 Essen,

Tel.: 0201/8602904, kontakt@dielinke-essen.de, www.dielinke-essen.de



Die ersten sechs Kandidaten auf unserer Liste (v.l.n.r.): Anabel Jujol (Platz 5), Gabriele Giesecke (Platz 1), Yılmaz Gültekin (Platz 4), Ezgi Güyildar (Platz 3), Wolfgang Freye (Platz 6), nicht auf dem Bild: Nina Herff (Platz 2).

Ein Essen für alle – sozial, ökologisch, bürgernah

Wahlprogramm DIE LINKE. Essen
für die Kommunalwahl 2014

DIE LINKE. Essen steht für eine soziale, umweltfreundliche, demokratische und bürgernahe Politik.

Die Realität in der Stadt Essen sieht anders aus: Essen ist eine tief gespaltene Stadt, fast jeder Fünfte lebt in Armut, bei den Kindern wächst annähernd jedes dritte arm auf. Die Altersarmut nimmt zu. Kita-Plätze fehlen ebenso wie Jugendeinrichtungen, bezahlbare, größere (Sozial-) Wohnungen sind Mangelware. Die Kürzungshaushalte der Stadt haben diese Situation in den letzten Jahren verschärft.

DIE LINKE benennt Alternativen. Sie will Sport- und Grünanlagen, den Öffentlichen Nahverkehr, kulturelle und soziale Einrichtungen nicht gefährden und die Haushaltsdefizite nicht auf die städtischen Beschäftigten abwälzen, denen bei einigen Tochtergesellschaften eine tarifgerechte Bezahlung vorenthalten wird.

Auf der anderen Seite hat DIE LINKE nicht mitgetragen, dass eine Große Koalition im Rat für den völlig überzogenen Ausbau der Messe Essen 123 Mio. Euro ausgeben wollte. Diese Entscheidung wurde erst von einem von uns mit initiierten Bürgerentscheid gestoppt. Kürzungen auf der einen Seite und „Leuchtturmprojekte“ auf der anderen – das ist mit der LINKEN nicht zu machen!

Essen ist keine „wachsende Stadt“. Die Einwohnerzahl wird, wie im gesamten Ruhrgebiet, weiter zurückgehen. Diese Entwicklung birgt aber auch Chancen, gerade in so dicht besiedelten Stadtteilen wie in Altenessen, Altendorf oder Frohnhausen. Wir wollen eine lebenswerte Stadt für alle!

Und damit meinen wir auch alle, auch die vielen Menschen in Essen, die aus anderen Regionen oder Ländern kommen oder deren Eltern oder Großeltern migriert sind. Wir setzen uns für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und die Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und für gleiche Rechte ein.

Wir wollen den politischen Skandal beenden, dass nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner Essens im wahlberechtigten Alter an den Kommunalwahlen teilnehmen können – deshalb fordern wir aktives und passives Wahlrecht für alle ab 16 Jahren.

Der Kapitalismus und seine Auswirkungen sind kein Naturgesetz, ebenso wenig wie die von Bund und Land zu verantwortende Unterfinanzierung der Kommunen. DIE LINKE tritt ein für ein sozial gerechtes, demokratisches und selbstbestimmtes Miteinander aller Menschen. Gemeinsam mit vielen Essenerinnen und Essenern mischen wir uns ein, sind aktiv und praktizieren eine linke Politik im Rat, in den Bezirksvertretungen und in Initiativen, Bewegungen, auf der Straße.

Dafür brauchen wir Unterstützung und bitten um Ihre Stimme für DIE LINKE!

Soziale Teilhabe sichern, Armut bekämpfen

Über 18 Prozent aller Menschen leben in Essen von Hartz IV und anderen Leistungen der Grundsicherung. Knapp 30 Prozent aller Kinder und Jugendlichen sind betroffen, insbesondere Kinder von Alleinerziehenden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Essen ist bundesweit die Stadt mit der höchsten sozialen Ungleichheit zwischen den Stadtteilen.

DIE LINKE. Essen tritt für soziale Gerechtigkeit ein. Wir sind für einen Ausgleich der Lebensqualität in den Stadtteilen.

DIE LINKE wird sich weiter für einen Sozialpass einsetzen für alle Menschen, die weniger als 1.050 Euro im Monat zur Verfügung haben bzw. auf Sozialleistungen einschließlich Wohngeld angewiesen sind. Mit dem Sozialpass soll es einen unbürokratischen Zugang zu Ermäßigungen für alle Einrichtungen der Kultur, der Bildung, des Sports und des Nahverkehrs geben.

DIE LINKE hat sich in Essen gegen die Einrichtung einer Optionskommune ausgesprochen. Die Ergebnisse der von der Ratsmehrheit beschlossenen Umstellung müssen umfassend überprüft werden.

Wir fordern die Abschaffung von Sanktionen für Leistungsbechtige beim Jobcenter. Auch wenn dies letztlich nur auf Bundesebene umgesetzt werden kann, hat Essen durch die Übernahme des Jobcenters einen eigenen Gestaltungsspielraum, den es nutzen muss. Die Serviceleistungen des Jobcenters müssen ausgebaut werden. Umfassende Beratung sowohl bei der Vermittlung in Arbeit wie bei der Leistungsgewährung müssen selbstverständlich werden. Niemandem darf ein Beratungstermin verweigert werden.

DIE LINKE lehnt Zwangsumzüge ab und fordert die Anhebung der Mietobergrenzen für alle Sozialleistungsberechtigten, um die Herausbildung von Armenwohnvierteln die Grundlage zu entziehen.

Explodierende Energiepreise sind für Menschen mit wenig Einkommen ein zunehmendes Problem. Energiesperren sind unmenschlich, wir wollen, dass niemand im Dunkeln sitzt. Wir setzen uns für einen Ausbau der kostenlosen Energieberatung ebenso ein wie für die Einführung des sogenannten „Saarbrücker Modells“, durch das Energiesperren vermieden werden können.

Für Strom, Gas und Wasser sind nach dem Vorbild anderer europäischer Länder Sozialtarife in geeigneter Form einzuführen.

Die Anzahl von Menschen, die im Alter arm sind, steigt an. Auch sie haben einen Anspruch auf ein würdevolles Leben in Selbstbestimmung. Wir wollen den Ausbau bezahlbarer haushaltsna-

her Dienstleistungen in den Stadtteilen und eine menschenwürdige Pflege in dezentralen Pflegeeinrichtungen.

Faire Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche – gute Bildung für alle

Alle Kinder müssen unabhängig vom Geldbeutel und der Herkunft ihrer Eltern gleiche Chancen im Bildungssystem haben – von der Kita bis zur Universität.

DIE LINKE will eine Schule für alle und setzt sich daher im ersten Schritt für den Ausbau der Gesamtschulen ein. „Schmalspurlösungen“ wie die Sekundarschulen sind zumindest in Großstädten wie Essen keine gute Alternative. Um tatsächlich bedarfsgerechte Schulen zu entwickeln, sollte die Stadt Essen endlich den schon lange geforderten qualifizierten Schulentwicklungsplan erarbeiten und zur Richtschnur der Schulentwicklung machen.

Ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit ist der Ausbau der gebundenen Ganztagschulen wie ausreichender Ganztags-Kita-Plätze im ganzen Stadtgebiet. Das Angebot für U3-Kinder ist zu erweitern und ebenso wie das für Ü3-Kinder bedarfsgerecht zu entwickeln. Die Berichterstattung über die Situation von Kindern- und Jugendlichen muss beibehalten und verbessert werden. Der Kinderbericht der Stadt Essen sollte weiter regelmäßig aktualisiert werden.

Der Sanierungsrückstau in Schulen und Kindertagesstätten ist aufzulösen. Verfallende Schulgebäude, kaputte Turnhallen und Sportgeräte sind eine Hypothek bei der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen. Ordentliche Schultoiletten, die regelmäßig gereinigt werden, gehören dazu ebenso wie bewegungsfördernde Klassenräume und Schulhöfe.

DIE LINKE ist dafür, dass alle Kinder ein kostenfreies, qualitativ gutes und gesundes Mittagessen erhalten. Die Schulsozialarbeit muss unbedingt aufrecht erhalten und ausgeweitet werden.

Bei der Jugendarbeit wird seit Jahren gekürzt. Stattdessen fordern wir Investitionen in gut erreichbare Kinder- und Jugendeinrichtungen und den Erhalt von Freiflächen und Spielplätzen. Wir brauchen faire Chancen in Schule, Ausbildung und Beruf.

Wir fordern mehr Angebote für Kinder und Jugendliche. Wir wollen die Umwandlung der ehemaligen Schule Bärendelle in ein Soziokulturelles Zentrum. Damit könnte insbesondere für den

Essener Westen die Schließung des Jugendzentrums Papestraße kompensiert werden.

DIE LINKE ist für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Kinder- und Jugendforen und bei der Planung von Spielplätzen.

Inklusion in allen Lebensbereichen

Menschen mit Behinderung stoßen in Essen immer noch auf zahlreiche Hürden. DIE LINKE fordert Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, umfassende Beratungsangebote, die Entwicklung neuer Beschäftigungsangebote und ein überzeugendes Konzept für Inklusion in allen Lebensbereichen. Dabei geht es nicht nur um Kindertagesstätten, Schulen und Arbeitsstellen, sondern auch um gemeinsame kulturelle Angebote und gemeinsame Angebote für Sport und Freizeitgestaltung.

Inklusion ist mehr als die Integration von Behinderten. Inklusion ist ein Konzept für gesellschaftliche Einbeziehung aller. Inklusion setzt gesellschaftliche Anerkennung für alle Menschen entsprechend ihren Fähigkeiten voraus. Die Umsetzung der Ziele der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung setzt allerdings auch eine ausreichende Finanzierung durch den Bund bzw. bei den Schulen durch das Land voraus.

Das Recht auf Selbstbestimmung muss auch für Menschen mit Behinderung gelten. Wir setzen uns für selbstständiges und betreutes Wohnen und Arbeiten von Menschen mit Behinderungen

(Foto: Stefan Dolge)



ein, und für eine eigene, qualifizierte Berufs- und Erwerbslosenberatung. Außerdem fordern wir die Erhöhung der Beschäftigung von Behinderten bei der Stadt und ihren Gesellschaften.

Rekommunalisierung wagen

DIE LINKE. Essen ist überzeugt: Ohne eine solide, öffentlich kontrollierte Daseinsvorsorge funktionieren moderne soziale Gesellschaften nicht.

Deshalb sagt DIE LINKE Nein zur Privatisierung öffentlicher Betriebe. Sie hat schon vor Jahren das Bürgerbegehren gegen Privatisierung unterstützt, weil es sich neoliberale Parolen wie „Privat geht besser“ längst als falsch erwiesen haben. Privatisierungen haben oft zu höheren Preisen, schlechterem Service und Dumpinglöhnen geführt. Private, kapitalistische Unternehmen wollen Profit machen. Vor allem aber führen Privatisierungen zu weniger Gestaltungsmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger.

In Essen sind viele Dienstleistungen der öffentlichen Infrastruktur ganz oder teilweise in privaten Händen. An wichtigen städtischen Gesellschaften wie den Stadtwerken oder den Essener Entsorgungsbetrieben (EBE) sind private Unternehmen mit 49 Prozent beteiligt. Der öffentliche Dienst ist ein Beziehungsgeflecht von Leistungen, die nicht in gewinnbringende und nicht gewinnbringende Bestandteile aufgeteilt werden dürfen. Daher setzen wir uns für ihre Rekommunalisierung ein, nicht zuletzt um den demokratischen Einfluss wieder herzustellen.

DIE LINKE ist dafür, bei der in 10 Jahren möglichen erneuten Vergabe des Stromnetzes der Stadt Essen zu prüfen, ob und wie die Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt werden können, z.B. durch eine Bürgergenossenschaft. Andere Städte sammeln bereits entsprechende Erfahrungen, auch in Essen gibt es Initiativen hierzu.

Wirtschaftsförderung nach qualitativen Kriterien

DIE LINKE will die Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass sozialversicherungspflichtige, tariflich gesicherte und ökologisch zukunftsfähige Arbeitsplätze erhalten bleiben und neu entstehen. Gewerkschaften sind dabei als Partner einzubeziehen.

Dabei ist es falsch, nur auf Dienstleistungen zu setzen. Schon heute arbeiten in Essen weniger als ein Fünftel aller Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Der Wegfall gewerblicher Arbeitsplätze ist ein wichtiger Grund für die hohe Zahl der Langzeiterwerbslosen in Essen und anderen Ruhrgebietsstädten.

Deswegen ist auf den Erhalt von Industriearbeitsplätzen und die Ansiedlung von Firmen mit gewerblichen Tätigkeiten ein besonderes Augenmerk zu richten. Hierfür muss die Stadt Flächen vorhalten – vor allem durch Recycling alter Industrieflächen, nicht durch die Versiegelung neuer Flächen.

Die zu teuren Ausbaupläne für die Messe Essen konnten durch ein von der Partei DIE LINKE maßgeblich mit angestoßenes Bürgerbegehren gestoppt werden. Jetzt gilt es, ein zukunftsfähiges Konzept für die Messe zu entwickeln. Sie muss ihre Rolle in der wirtschaftlichen Kooperation vor allem des Ruhrgebietes stärken. Hierzu ist eine Unterstützung durch das Land NRW notwendig.

Die bauliche Erneuerung ist mit Augenmaß auf diese Ziele abzustimmen und so zu gestalten, dass eine gute Nachbarschaft mit dem Gruga-Park ohne Eingriffe in den Park zu beiderseitigem Nutzen entwickelt wird.

Gute Arbeit und gute Ausbildungsplätze

DIE LINKE ist dafür, dass die Stadt und ihre Unternehmen sich als Arbeitgeber vorbildlich verhalten und neue Arbeitsplätze schaffen. Es muss Schluss sein mit Lohndumping, tariflosen Verhältnissen, Minijobs, Leiharbeit und sachgrundloser Befristung. Bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt ist das Tariftreugesetz des Landes NRW strikt einzuhalten.

DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde.

DIE LINKE unterstützt die Belegschaften von städtischen Gesellschaften wie der Essener Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft (EABG), der Jugendhilfe, der Suchthilfe, der Reinigungsgesellschaft Essen (RGE), der Gesellschaft für soziale Einrichtungen (GSE) und anderen bei der Durchsetzung von Tarifverträgen, die sich an der Bezahlung im Öffentlichen Dienst orientieren. Der vorliegende Tarifvertrag bei der EABG hat hier Vorbildcharakter und muss sofort umgesetzt werden.

Alle Jugendlichen brauchen Chancen auf gute Ausbildung und Arbeit. DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass die Stadt und ihre Unternehmen eine Ausbildungsquote von mindestens 6 Prozent erreichen, wie der DGB sie schon lange fordert.

Langzeiterwerbslose brauchen sinnvolle Qualifizierungsangebote und dürfen vom Jobcenter nicht zu Lohn- und Sozialdumping gezwungen werden. 1-Euro-Jobs und sinnlose Maßnahmen müssen abgeschafft und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen gefördert werden.

DIE LINKE ist dafür, hierfür auch öffentlich geförderte Modellprojekte zu entwickeln.

Transparenz und Bürger/innenbeteiligung – auch zwischen den Wahlen

Beteiligung ist gut, Mitbestimmung ist besser! DIE LINKE ist für mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen und für mehr Beteiligung der Öffentlichkeit und direkte Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger wollen schon lange nicht mehr nur bei Wahlen ein Kreuz auf dem Stimmzettel machen, sondern auch dazwischen gefragt werden. Das zeigen die Bürgerbegehren und -entscheide der letzten Jahre, unabhängig von ihrem konkreten Ergebnis.

Stadtweit den Start machte das Bürgerbegehren für den Umbau des Saalbaus in eine Philharmonie 1998, es folgten die Bürgerentscheide gegen die Bäder-Schließungen 2002, gegen den Masterplan Sport und gegen Privatisierung 2006, das Bürgerbegehren „Kulturgut“ 2012 und der Bürgerentscheid „Messeumbau nicht um jeden Preis“ Anfang dieses Jahres, das die Geldverschwendung bei der Messe gestoppt hat. DIE LINKE hat alle diese Bürgerbegehren unterstützt.

Natürlich muss eine politische Partei auch akzeptieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger anders entscheiden als sie. In Rütenscheid war DIE LINKE für die Umbenennung der zwei nach Militaristen benannten Straßen.

Die Rahmenbedingungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind zu verbessern. DIE LINKE tritt ein für die Abschaffung von Quoren, damit Bürgerentscheide den Charakter verbindlicher Volksentscheide bekommen. Dieses Instrument muss bei allen Fragen, auch zum Haushalt, zulässig werden.



Foto: Sylvia Schochow

Übergabe der Unterschriften des Bürgerbegehrens „Kulturgut“

DIE LINKE fordert die Einführung eines echten Bürgerhaushaltes in unserer Stadt. Erst ein Haushalt, der in einem geregelten öffentlichen Teilnahmeverfahren aufgestellt wird, ermöglicht eine direkte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Schwerpunktsetzung der Kommune, macht das Stadtgeschehen transparent und kann helfen gegen Geldverschwendung, Lobbyeinflüsse und Korruption.

Auch bei der Stadtentwicklung, insbesondere der Erstellung von städtischen Flächennutzungsplänen und Bauleitplänen ist DIE LINKE für umfassende und rechtzeitige Bürgerbeteiligung. Hierfür werden Bürgerversammlungen und Planungswerkstätten verbindlich eingerichtet, deren Ergebnisse in die Entscheidungen von Rat und Bezirksvertretungen einfließen.

Transparenz und Beteiligung muss auch für die städtischen Gesellschaften gelten. Auch sie sind der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Aufsichtsrats-sitzungen so weit wie möglich öffentlich zu machen und Beiräte für öffentliche Unternehmen zu bilden. Das sind auch wirksame Mittel gegen Selbstbedienungsmentalität und Vetternwirtschaft, wie sie kürzlich bei den Essener Entsorgungsbetrieben (EBE) bekannt wurden, wodurch der Gesellschaft ein Schaden von über 800.000 Euro entstand.

DIE LINKE ist für strengere Regelungen zur Compliance (Ehrenkodex) bei den städtischen Gesellschaften.

Bürgerbeteiligung und Transparenz kann durch sinnvolle Internetausstattung gestärkt werden. Wir setzen uns für einen kostenfreien und sicheren Internetzugang für alle Einwohnerinnen und Einwohner ein. Die Entwicklung von selbstorganisierten Netzwerken sollte von der Stadt unterstützt werden.

Der Service für die Einwohnerinnen und Einwohner muss für Politik und Verwaltung zum Markenzeichen werden, auch im Umgang mit Bürgerinitiativen. Unbürokratische und offene Fragestunden im Rat, seinen Ausschüssen und den Bezirksvertretungen gehören ebenso dazu wie Online-Diskussionsforen zu zentralen Themen, um den Abstand zwischen der Bevölkerung und den städtischen Gremien zugunsten eines gleichberechtigten und offenen Austauschs zu verringern.

Kultur von allen und für alle – für kulturelle Freiräume

Kultur belebt und prägt die Stadt, wenn alle Essenerinnen und Essener ein vielseitiges kulturelles Angebot wahrnehmen oder kreativ selbst gestalten können. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Essen für den Erhalt des bestehenden Kulturangebotes ebenso wie für die Entwicklung eines breiten, wohnortnahen und erschwinglichen kulturellen Angebots ein. Wir wollen die kulturelle Teilhabe aller Menschen in der Stadt verbessern und treten deshalb für die Förderung interkultureller Arbeit ein. Wir kämpfen für die soziale Absicherung aller Beschäftigten im Kulturbereich.

Die Theater- und Philharmonie GmbH ist am Ende des Kürzungskurses angekommen. Bei weiteren Mittelstreichungen bleibt nur noch die Schließung einer der vier Sparten Oper, Tanz, Philharmonie oder Theater. Das lehnen wir ab. Durchaus sinnvoll können dagegen stärkere Kooperationen der kulturellen Einrichtungen mit denen Nachbarstädte sein. Gerade die jüngere Generation sieht das Ruhrgebiet kulturell längst als eine Region an. Stadtgrenzen sind keine Kulturgrenzen mehr.

Insbesondere setzen wir uns für eine stärkere Vermittlung der städtischen Kulturangebote in Schulen und Stadtteilen ein.

Die Stadt darf ihre Kunstobjekte wie die in der Sammlung Folkwang nicht privatisieren oder gar „versilbern“. Vor diesem Hintergrund sieht DIE LINKE auch die Diskussion um die Auslagerung des Folkwang-Museums in eine GmbH kritisch. Die Sammlung Folkwang ist als Kunstsammlung der Öffentlichkeit gestiftet worden.

Die Ausstellung zur Stadtgeschichte im Haus der Geschichte muss der Öffentlichkeit gut zugänglich sein.

DIE LINKE streitet für die gezielte Entwicklung der freien Kunst-



Foto: Stefan Dolge

und Kulturszene. Langfristige und verlässliche Förderungen sind für die freie Szene wichtig, ebenso zusätzliche Raumangebote. Solche Angebote können auch in leer stehenden Läden und Wohnungen, wie es sie in Essen viel gibt, in der Nordstadt oder in Altendorf geschaffen werden.

Kulturelle Freiräume müssen gezielt geschaffen und geschützt, die Selbstverwaltung von leer stehenden Objekten gefördert werden. Darum kämpfen wir für die Schaffung eines Soziokulturellen Zentrums in der ehemaligen Hauptschule Bärenelle, sowie für die Schaffung von öffentlich zugänglichen Freiräumen in allen Stadtteilen Essens.

Für Musikerinnen und Musiker müssen ausreichend Proberäume zur Verfügung stehen.

Sport ist Lebensqualität

Mehr als ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner in Essen sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Sport hat einen hohen Stellenwert. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung, sie leisten aber auch einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. DIE LINKE hält es daher für dringend erforderlich, dass allen Einwohnerinnen und Einwohnern moderne und familienfreundliche Sportstätten in Wohnortnähe zur Verfügung stehen.

In den letzten Jahren hat sich ein Umdenken im Sport durch-

gesetzt – angesprochen vom Bürgerbegehren gegen den „Masterplan Sport“. Statt der von oben angeordneten „Kooperation“ von Vereinen und der Schließung von Sportstätten, wird die Sportentwicklung stärker gemeinsam mit dem Essener Sportbund (ESPO) geplant. Diese Entwicklung will DIE LINKE weiter fördern.

Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Haushalt der Sport- und Bäderbetriebe wegen der seit Jahren auferlegten Kürzungen unter ständiger Unterdeckung leidet. Die Stadt Essen hinkt dem Bau von Kunstrasenfußballplätzen in anderen Städten hinterher, und auch bei anderen Sportarten wird die Infrastruktur vernachlässigt.

Das gleiche gilt für die Bäder, nachdem Nöggerath- und Kuhlhoffbad sowie die Oase gegen die linken Stimmen geschlossen wurden. Das Freibad Hesse konnte auch mit dem Zutun der Ratsfraktion DIE LINKE erhalten bleiben. Das neue Hallenbad auf dem Turmfeld sollte baldmöglichst zum Kombibad mit Freibadbereich ausgebaut werden, damit Hesse nicht das einzige Freibad im Essener Norden bleibt.

Die Nutzungsentgelte für Sportanlagen und Bäder müssen für die breite Masse der Bevölkerung bezahlbar bleiben. Für Menschen mit geringen Einkommen sind Sozialtarife nötig, wo es sie noch nicht gibt. Die Förderrichtlinien für die Vereine müssen nach objektiven Kriterien nachvollziehbar und transparent sein. Die Förderung der Vereine für Kinder und Jugendliche muss angehoben werden.

Die Stadt Essen hat sich das 43 Mio. Euro teure RWE-Stadion geleistet. Das RWE-Fanprojekt, bei dem es um wenige tausend Euro geht, war dagegen immer wieder gefährdet. Es muss auf Dauer gesichert werden.

Solidarische Stadtplanung – Lebenswerte Stadt

Essen zählt zu den grünsten Städten Deutschlands. Gleichzeitig ist Essen mit 2.732 Einwohnern pro Quadratkilometer Fläche jedoch auch eine der am dichtesten besiedelten Städte.

Angesichts der demografischen Entwicklung sind die Entkernung dicht besiedelter Gebiete und der Neubau ganzer Wohnviertel mit viel Grün wie am Niederfeldsee in Altendorf eine Chance

zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Eine Stadt braucht Freiflächen und öffentliche Freiräume – und damit sind nicht zubetonierte Plätze gemeint, sondern Grünflächen, Wasser, aber auch Plätze, auf denen man sich ohne Konsumzwang treffen, aufhalten oder auch kreativ betätigen kann.

Wir wollen Quartiere, in denen die Menschen mit und ohne Behinderung gut leben und arbeiten können. Deshalb sind wir für eine nachhaltige, ökologische und inklusive Stadtentwicklung: Wohnung, Arbeit, Nahversorgung, soziale Infrastruktur und Kultur sollten nicht künstlich getrennt werden, wie im Konzept der „autogerechten Stadt“, sondern nah beieinander liegen.

Essen wird jedoch nicht nur kleiner. Die Bevölkerung wird von der Herkunft her bunter und älter. Dem muss auch in der Stadtplanung Rechnung getragen werden, sei es bei der Entwicklung von Kindertagesstätten, Alteinrichtungen oder auch Friedhöfen.

Mehrgenerationenwohnprojekte und Wohnprojekte für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen, müssen in Essen stärker gefördert werden. Beratung und Hilfestellung der Stadt für solche Projekte müssen verbessert werden.

Bei der Entwicklung neuer Baugebiete hat für DIE LINKE die Innenentwicklung Vorrang. Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch) sind einzuschränken. Ziel ist ein „Null-Flächenverbrauch“.

Für Erweiterungen oder Ansiedlungen von Gewerbe und Industrie sind entsprechend vorrangig gewerbliche Brachflächen zu nutzen. Frühere Besitzer bzw. Nutzer müssen konsequent zur Altlastenbeseitigung herangezogen werden.

Projekte wie „Wege zum Wasser“ hält DIE LINKE für gelungen Stadtentwicklungsprojekte. Auch die Wiederbelegung der Innenstadt mit stadtnahem Wohnen wie am Berliner Platz ist eine gute und erfolgreiche Stadtentwicklung. Eine langfristige, breit diskutierte Planung der Stadtentwicklung fehlt jedoch. „Essen 2030“, der vom Oberbürgermeister eingeleitete und von der Wirtschaft finanzierte Zieldiskussionsprozess, erfüllt diese Aufgabe nicht.

Trotz 20.000 leer stehender Wohnungen in Essen hält DIE LINKE eine Wiederbelebung des fast eingeschlafenen Miet- und Sozialwohnungsbaus für dringend erforderlich, um allen bezahlbare



Wohnungen anbieten zu können. Viele leer stehende Wohnungen entsprechen nicht heutigen Standards und sind energetisch inakzeptabel. Heutige (Energie-) Standards dürfen aber kein Privileg für Reiche sein.

DIE LINKE fordert für die Stadt Essen einen qualifizierten Mietpiegel, wie ihn andere Großstädte schon lange haben. An dessen Erstellung sind die Mieterverbände zu beteiligen.

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig direkten Einfluss der Stadt auf die zukünftige Entwicklung der Flächen offen zu halten, sollten die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht ausgeweitet werden. DIE LINKE ist für die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

DIE LINKE ist für den Erhalt des vom Land zusammengestrichenen Denkmalschutzes. Die Stadt sollte stärker mit Gestaltungs-satzungen arbeiten. DIE LINKE ist für die Entwicklung guter Architektur und die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates, der den Namen verdient.

Für lebendige Stadtteile

DIE LINKE ist für lebendige Stadtteile. Sie müssen attraktiven Wohnraum bieten, die Gewerbemieten in den Stadtteilzentren müssen bezahlbar bleiben.

Tatsächlich bestimmen Billigketten und Leerstand das Bild etlicher Stadtteilzentren in Essen. Die Stadt verwaltet diesen Missstand meist nur, anstatt dagegen anzugehen. Dabei ist der Masterplan Einzelhandel ein gutes Beispiel, dafür, wie es auch anders gehen kann und z.B. Discounter auf der grünen Wiese

verhindert werden können. Zum Erhalt und zur Entwicklung der Stadtteilzentren reicht er jedoch oft nicht aus. Entwicklungskonzepte und ein gezieltes Quartiersmanagement können Abhilfe schaffen.

Das Bund-Länder-Projekt Soziale Stadt, mit dem positive Entwicklungen in Stadtteilen wie Katernberg, Altendorf oder aktuell Altenessen-Süd gefördert wurden, muss weitergeführt werden. Die sozialen Netzwerke, die mit Stadtteilbüros oder dem Treffpunkt Altendorf geschaffen wurden, müssen unbedingt als städtische Regelaufgabe weitergeführt werden.

Jeder Stadtteil Essens benötigt ein Stadtteilzentrum als zentralen Anlaufpunkt und Begegnungsstätte für die Bürgerinnen und Bürger. Hier können Bürgerversammlungen, Planungswerkstätten und andere Veranstaltungen stattfinden, sie können verbunden werden mit Stadtteilbibliotheken, Bürgerämtern und Beratungsstellen. Stadtteilzentren in kommunaler Trägerschaft sind ein Baustein einer lebendigen kommunalen Demokratie.

DIE LINKE ist für die Stärkung der Rechte und finanziellen Situation der Bezirksvertretungen und die Ausweitung ihrer Kompetenzen. Sie können die Verhältnisse vor Ort, in den Stadtteilen oft am besten einschätzen und brauchen Handlungsspielräume, vor allem durch einen auskömmlichen Bezirkshaushalt.

Rotes Herz und grüne Lunge

Für DIE LINKE hat der Erhalt der Umwelt Vorrang vor Kapitalinteressen. Wirtschaftliche Ziele wie die Sicherung von Arbeitsplätzen und ökologische Ziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie können und müssen zusammen verfolgt werden.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt von Grün- und Waldflächen ein und den schonenden Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen. Freiflächen werden auch aus Klimaschutzgründen in Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet immer wichtiger.

Die Nutzung erneuerbarer Energien muss ausgebaut und gefördert werden. Sonnenenergie kann z.B. auf vielen Dächern städtischer Gebäude gewonnen werden. Die Erstellung des Solarkatasters durch die Stadt oder die Unterstützung von Initiativen wie der Solargenossenschaft Essen müssen weiter geführt werden. Auch Erdwärme sollte stärker genutzt werden.

DIE LINKE unterstützt den Aufbau einer Fernwärmeschiene Ruhr

und den Ausbau dezentraler Anlagen zur Energieerzeugung, z.B. durch flächendeckende Kraft-Wärme-Kopplung.

Um ihren Beitrag zur Erreichung der weltweiten Klimaschutzziele und zur Senkung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen, müssen Essen und das Ruhrgebiet ökologisch umdenken. Die Region, die auf der Grundlage der Energieerzeugung entstand, hat das Potenzial zu einer Vorzeigeregion in Sachen erneuerbare Energien zu werden. Das zeigt auch die chancenreiche Bewerbung der Stadt zur „Grünen Hauptstadt“ Europas.

Die Klimaschutzziele der Stadt Essen müssen mit konkreteren Maßnahmen zum Energiesparen und zum Ausbau erneuerbarer Energien und dafür geeigneter Speichersysteme untersetzt werden.

DIE LINKE fordert ein Verbot von Fracking.

Das Kleingartenwesen ist Teil der Ruhrgebietskultur und trägt zum Erhalt der Umwelt bei. DIE LINKE hat sich als erste Partei für die Abschaffung bzw. Stundung der Kommunalabgaben für Kleingärtner eingesetzt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Kleingartenwesen müssen den heutigen Anforderungen angepasst werden. Neue Formen wie das „Urban Gardening“ brauchen Platz in unserer Stadt.

Mobilität ist Bürger/innenrecht!

Der Öffentliche Nahverkehr ist im ganzen Ruhrgebiet schlecht ausgebaut. Das sehen auch viele Einwohnerinnen und Einwohner und vergleichende Untersuchungen so. Ein pulsierender, eng getakteter und preiswerter Öffentlicher Nahverkehr ist aber unverzichtbar, um die Verkehrsprobleme in Metropolregionen zu lösen. Das Leitbild einer „autogerechten“ Stadt, dem die Stadt Essen viele Jahre ausdrücklich nachgeeifert hat, ist schon lange überholt.

Durch die gegenwärtige, restriktive Kürzungspolitik ist jedoch selbst der Erhalt des Standards des Öffentlichen Nahverkehrs gefährdet. Allein in den Erhalt müssten in Essen in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Euro in die Schienen- und Haltestelleninfrastruktur des Öffentlichen Nahverkehrs investiert werden.

Die Stadt Essen braucht dringend ein integriertes Verkehrskonzept, das auf eine abgestimmte Entwicklung der verschiedenen Formen von Mobilität setzt.

DIE LINKE setzt sich insbesondere für die Instandsetzung und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs ein. Wir sind für den Ausbau des Schienennetzes durch die Durchstreckung der Straßenbahn vom Hauptbahnhof in den nördlichen Krupp-Gürtel, die Verlängerung der Linie U 11 in Richtung Bredeney und für einen erneuten Anlauf für eine Innenstadtlinie. Auch die Busanbindung gerade der Außenstadtteile muss weiter verbessert werden.

DIE LINKE hält es für sinnvoll, bei der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs neue Wege zu prüfen. Dazu gehört eine Umlagefinanzierung durch ein verpflichtendes und kostenpflichtiges Einwohner/innen-Ticket („Nahverkehrsabgabe“). Für Menschen mit einem Einkommen von unter 1.050 Euro im Monat darf das Einwohnerticket nicht mehr als 20 Euro kosten. Jede Essenerin und jeder Essener kann dann die Öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, ohne ein Ticket zu kaufen.

DIE LINKE ist für die Verringerung der derzeit 27 kommunalen Verkehrsgesellschaften im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), um gemeinschaftliche Linienführungen zu erleichtern und Geschäftsführungskosten zu sparen.

Parallel und im Verbund mit dem Öffentlichen Nahverkehr müssen die Radwege weiter ausgebaut werden. Insbesondere die Nord-Süd-Verbindungen müssen verbessert werden. Außerdem muss die Alltagstauglichkeit der Radwege erhöht werden. Die Verbindungen der städtischen Radnetze im Ruhrgebiet müssen verbessert werden. Wir sind – vorbehaltlich der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie – für den schnellen Bau des Ruhr-Rad-schnellweges.

Durch solche Maßnahmen kann der Autoverkehr verringert



Foto/Montage: Stefan Doige

werden, um einem Verkehrskollaps vorzubeugen und den CO₂-Ausstoß zu senken – was im Interesse der Klimaziele dringlich ist.

Projekte wie die Durchstreckung der A 52 durch den dicht besiedelten Essener Osten und Norden und den Bau des Ruhralleetunnels lehnt DIE LINKE ab. Diese Vorhaben könnten nach den bisherigen Planungen über 2 Mrd. Euro kosten, daher steht ihre Realisierung ohnehin in Frage. Sie sollten endlich aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen werden, damit die Trassen überplant werden können.

Für eine bunte und vielfältige Stadt – Kein Platz für Faschisten in Essen!

Essen war und ist eine Stadt, in der Menschen aus vielen Teilen der Welt eine Heimat suchen und arbeiten wollen. DIE LINKE sieht in dieser Vielfalt eine Chance, sie setzt aber auch Toleranz und Respekt voraus. DIE LINKE ist für eine bunte Stadt!

Wir wollen eine Antidiskriminierungsstelle für Essen und den Ausbau der interkulturellen Orientierung der Dienstleistungen der Stadtverwaltung. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadt und bei anderen öffentlichen Einrichtungen muss erhöht werden.

Das geplante Welcome-Center unterstützen wir und setzen uns dafür ein, dass auch die Arbeit der Ausländerbehörde dort integriert wird und endlich einen offenen Servicecharakter bekommt. Dazu ist die Abschaffung der entwürdigenden Einlasskontrolle dringend erforderlich. Insbesondere ist die Beratung von Menschen, wie beispielsweise der sogenannten „Ungeklärten“ aus dem Libanon, über ihre Möglichkeiten zur Einbürgerung zu verbessern.

Flüchtlinge sind in unserer Stadt willkommen. DIE LINKE hat im Rat der Stadt maßgeblich dazu beigetragen, dass in Essen eine menschenwürdige Unterbringung dezentral in Wohnungen Vorrang hat und die Barauszahlung von Geldleistungen Standard ist. Wohnungsähnliche Übergangsheime sollen nur vorübergehend genutzt werden. Dies gilt es jetzt auch für alle Flüchtlinge in die Tat umzusetzen. Die so genannten Behelfsunterkünfte in zwei Schulen müssen rasch geschlossen werden und angemessener Wohnraum geschaffen werden. Der Schulbesuch von Flüchtlingskindern ist sicherzustellen.

Gerade in Großstädten wie Essen entwickeln Menschen ihre oft sehr unterschiedlichen Lebensentwürfe. DIE LINKE wird sich für eine Weiterentwicklung individueller Lebensformen im Rahmen einer solidarischen Stadtgesellschaft einsetzen. Dazu gehört die Förderung nachbarschaftlichen Zusammenlebens in lebendigen Stadtvierteln in allen ihren Formen. Sexuelle Selbstbestimmung ist ebenso zu gewährleisten wie das friedliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen und aller Generationen.

Die Selbstbestimmung von Frauen ist dabei in besonderer Weise zu fördern. Dem Schutz vor Gewalt kommt für Frauen und Kinder eine große Bedeutung zu, deshalb ist der Fortbestand von Schutzräumen wie Frauen- und Kinderhäusern zu sichern und auszubauen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Deshalb setzt sich DIE LINKE gegen faschistische und rassistische Tendenzen in Essen und anderswo ein.

DIE LINKE unterstützt die Kampagnen antifaschistischer Initiativen und Bündnisse. Wir beteiligen uns an Aktionen gegen rechte Aufmärsche, z.B. an Demonstrationen und Blockaden. Wir schützen und unterstützen Flüchtlinge und fördern die Willkommenskultur vor Ort.

Der auch durch DIE LINKE zustande gekommene Ratsbeschluss, dass in städtischen Räumen und auf öffentlichen Plätzen keine Veranstaltungen mit faschistischen, antisemitischen oder rassistischen Inhalten durchgeführt werden dürfen, muss konsequent umgesetzt werden.

Mehr Geld für unsere Stadt

Die Stadt Essen ist mit 3,3 Milliarden Euro die höchstverschuldete Stadt in Deutschland. Die Ursachen sind vielfältig, sie sind aber vor allem der gewollten Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land und dem drastischen Strukturwandel Essens von der größten Bergbaustadt Europas zum Dienstleistungszentrum mit Sitz vieler Konzernverwaltungen geschuldet. Aus dieser Situation kann die Stadt nicht durch „Spar-“ oder besser Kürzungsmaßnahmen herauskommen.

Der Ratsmehrheit fiel zu der dramatischen Haushaltslage aber nicht viel mehr ein als Kürzungen. Betroffen sind das überlastete Personal der Stadt und der Beteiligungsgesellschaften. Dringend benötigte Gelder im Jugend- und Kulturbereich, Inves-



titionen in den Erhalt der städtischen Immobilien, die Zuschüsse für den ÖPNV und vieles mehr, das das soziale Leben der Stadt gewährleistet, fehlt.

Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes NRW ist ein vergiftetes Geschenk. Mit dem Stärkungspakt erhöht die Landesregierung den Kürzungsdruck, die Unterfinanzierung der Kommunen wird dadurch nicht beseitigt. Im Gegenteil: Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen ist vom Land in den letzten Jahren mehrfach gesenkt worden. Perspektive geht anders!

Leere Stadtkassen können sich nur Reiche leisten und gehen immer zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft. Deswegen sagen wir: Es reicht! Statt Steuergeschenke für Konzerne, Banken und Reiche fordern wir die Einführung einer Vermögens- und Finanztransaktionssteuer sowie eine Millionärssteuer. Allein in Essen leben 153 Millionäre.

Nötig ist die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Gewerbesteuer ist zu einer umfassenden Gemeindefinanzierungssteuer weiterzuentwickeln. Bund und Land müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und die den Kommunen übertragenen Aufgaben kostendeckend finanzieren (Konnexitätsprinzip).

DIE LINKE ist für die Stärkung der Kommunen.

Solange diese Forderungen nicht umgesetzt sind, bleibt auf kommunaler Ebene auf der Einnahmeseite nur die Möglichkeit einer Anhebung der Gewerbesteuer. Darüber hinaus fordert DIE LINKE die Einstellung weiterer städtischer Gewerbesteuerprüfer gegen Steuerhinterziehung von Großunternehmen. Überflüssige „Luxusprojekte“ minimieren den Gestaltungsspielraum der Kommunen zusätzlich.

**Beschlossen von der Mitgliederversammlung
DIE LINKE. Essen am 26. April 2014.**